

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Direkte Demokratie in Gefahr!

Die Volksrechte scheinen derzeit in Bundesbern nicht viel Kredit zu haben: Einseitige Abstimmungs-Kampagnen durch Bundesbehörden; Verknüpfung unterschiedlicher Sachvorlagen zu «Päckli»-Abstimmungen; Abbau des politischen Gestaltungsspielraums für die Stimmbürger aufgrund völkerrechtlicher Verträge. Könnte bald der nächste Streich folgen, indem die nötige Unterschriftenanzahl für Referenden oder Initiativen erhöht wird?

Zwar korrigierte die Bundeskanzlei eine entsprechende Aussage ihres Sprechers Hansruedi Moser vom 4. Februar. Ein schaler Nachgeschmack bleibt: War es eine bloss vorübergehende Zusicherung, eine amtliche Beruhigungsspielballon kurz vor einer wichtigen Abstimmung?

Gerade finanziell schwache Organisationen ohne Verbindung ins politische Machtzentrum können dank den Volksrechten ihren Anliegen Gewicht verschaffen. Diese Nicht-Privilegierten im politischen Prozess benötigen Schutz vor der Bundesberner Polit-Aristokratie.

Vor neuer Stützpunkt-Strategie Moskaus?

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Während des Kalten Krieges baute die Sowjetunion im Ausland, primär in Vietnam und Kuba, etliche Stützpunkte auf, von denen aus sie weite Teile der Welt durch Abhörmassnahmen sowie den Einsatz spezieller Aufklärungs-Flugzeuge überwachen und kontrollieren konnte.

Dieses System scheint der Kreml neuerdings sogar verstärken zu wollen: Nach bisherigen Erkenntnissen dürfte sich das Schwergewicht auf Venezuela konzentrieren, wo die Russen einen Luftstützpunkt sowie einen Hafen für sich erwarten. Bestimmt nicht ohne Grund räumten sie dem Land einen Kredit in Höhe von einer Milliarde Dollar ein. Bereits während der vergangenen drei Jahre hatte Venezuela Waffen in Höhe von 4,4 Milliarden Dollar von Russland gekauft. Letzten Herbst hatte der atomgetriebene Atomkreuzer «Peter der Grosse» – das grösste russische Kriegsschiff – an dortigen Seemanövern teilgenommen. Beobachter glauben, dass bald auch Atom-U-Boote mit nuklearen Sprengköpfen in den Gewässern festzustellen sind!

Russlands Präsident besuchte Ende November Kuba. Verhandelt wurde über eine Zusammenarbeit im Rüstungs- und Sicherheitsbereich. Nicht unbemerkt blieb, dass kurz zuvor hohe Offiziere aus Moskau zur Erkundung von Landeplätzen für strategische Bomber auf der Insel weilten. In der Tat könnte Kuba als vortrefflicher Auftankplatz für derartige Langstreckenbomber dienen! Gleiche Bestrebungen des Kremles sind in Nicaragua zu spüren, das als einziges Land der Welt das Vorgehen Moskaus letztes Jahr im

Kaukasus unterstützt hatte. Eine Moskauer Gazette verriet bereits dabei das offensichtliche Ziel Russlands, nämlich «eine russische Union am Unterbauch der USA».

Eine «zweite Front», die für Europa bedrohlicher sein könnte, stellt Lybien dar. Erstmals seit 1985 weilte Staatschef Gaddafi unlängst in Moskau. Bekannt wurde, dass man dort auf die Bezahlung all seiner Waffen-Lieferungen in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar verzichtete und ebenfalls konkrete Verhandlungen zur Gewährung eines eigenen Stützpunktes in diesem nordafrikanischen Staat geführt wurden – angeblich sind diese schon weit fortgeschritten. Ob der vorgesehe-

In dieser Ausgabe

- 2 Rückblick Abstimmung Personenfreizügigkeit
- 3 Jahresbericht des Präsidenten
- 5 Kein Rüstungsreferendum und keine aufschiebende Wirkung von Volksinitiativen!
Im Blick auf die bevorstehende Flugzeugbeschaffung
- 6 Bettelverbote sind sinnvoll und nötig!
- 7 Live-Bericht aus der Rekrutenschule. Weitermachen angesagt!
- 8 PRO LIBERTATE-Schlusspunkt



ne Bau einer 554 Kilometer langen Eisenbahnstrecke durch russische Facharbeiter damit in Zusammenhang steht, ist zumindest naheliegend.

Kreml-Chef Medwednew kündigte überdies an, in der Exklave Insterburg im Oblast Kaliningrad/Königsberg (Ostpreussen) Iskander – Kurzstreckenraketen aufzustellen; sie verfügen über eine Reichweite von bis zu 400 Kilometern – also bis nach Deutschland. Man wird abwarten müssen, ob Russland auf diese

Weise die Regierung in Berlin einschüchtern möchte und es vielleicht sogar einen Keil zwischen den Westeuropäern und Nordamerika zu treiben versuchen will.

Inzwischen hat Putin zumindest äusserlich einen Rückzieher gemacht mit seinen Worten, für ständige russische Militärbasen in Venezuela und Kuba gebe es «heute keine Notwendigkeit». Tatsache aber ist, dass Moskau Ende Dezember mit der Lieferung von 200 Boden-Luft-Raketen im Werte

von 250 Millionen Dollar besonders an Venezuela und Lybien begonnen hat!

Zu einer Konfrontation mit den USA ist das heutige Russland auch in naher Zukunft nicht in der Lage. Sowohl sein Frühwarn-System sowie auch gerade seine Atomstreitkräfte weisen erhebliche Schwächen auf – ganz im Gegensatz zu den USA. Man sollte daher diese Schritte Moskaus nicht sorgenvoll überbewerten, aber sie weiterhin genau im Auge behalten!



Bild: keystone

RÜCKBLICK ABSTIMMUNG PERSONENFREIZÜGIGKEIT

In einem sind sich fast alle einig: Es war eine undemokratische Abstimmungsvorlage. Das Eidgenössische Parlament hatte verschiedene Sachfragen zu einem Päckli zusammengeschnürt und es ist folglich nicht eruiert, ob die Stimmbürger die separate Abstimmungsfrage «Wollen Sie die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien» wirklich auch mit JA beantwortet hätten. Tatsache ist, dass die Schweiz ihre Arbeitskräfte ausserhalb der Schweiz auch ohne die Personenfreizügigkeit – aber ohne die untragbaren sozialen Folgen für unser Land – rekrutieren könnte. Das JA des Stimmbvolkes hat zweifellos den bilateralen Weg mit der EU gestärkt. Dass die politische Linke aus dem Abstimmungsergebnis aber nun gar ein JA zu einem EU-Beitritt herauslesen will, ist absoluter Humbug und eine Ohrfeige für alle, welche den Argumenten des Bundesrates und der Economie-suisse gefolgt sind.

Die erfolgte Annahme zeigt, dass ein Grossteil des Schweizer Volkes befürchtet hat, dass ein NEIN die

Weiterführung der Bilateralen I gefährdet hätte. Das Resultat bringt aber genauso zum Ausdruck, wie gross das Unbehagen der Stimmbürger gegen die Personenfreizügigkeit und die stetige Aushöhlung der direkten Demokratie ist. Es wird sich nun in den nächsten Jahren zeigen, ob die Personenfreizügigkeit die Arbeitslosigkeit in der Schweiz erhöhen und die maroden Sozialwerke weiter schwächen wird. Wirtschaft, CVP, SP, FDP sowie Kantonsregierungen und der Bundesrat tragen dafür die Verantwortung.

Eine komplette Grenzöffnung und ein Zugang zum Arbeitsmarkt ohne die entsprechenden Kontrollmöglichkeiten und ohne Bedingungen werden für die Schweiz zweifellos negative Folgen haben. Schärfere Regeln für die Einwanderung, restriktivere Arbeitserlaubnisse und schärfere Anwesenheitsanfordernisse – als Voraussetzung zur Benützung der Sozialleistungen – werden unvermeidbar sein. PRO LIBERTATE wird die Entwicklung mit Argusaugen verfolgen!

Jahresbericht des Präsidenten

Mit der Übernahme des Präsidiums bin ich nach unzähligen Jahren, im Hintergrund tätig als Sekretär, vermehrt ins Scheinwerferlicht gerückt. Mit einem motivierten Team haben wir uns an die

vielfältigen Aufgaben gemacht, den bisherigen Kurs beibehalten und kommen zu folgenden Erkenntnissen:



PRO LIBERTATE-Stärken

Klein und fein, unabhängig von allen anderen Organisationen, gute Basis aus treuen Mitgliedern und Gönnern. Pro Armee, CH-treu (heimatverbunden), klare Positionen, bürgerlich (nicht so fad wie FDP, nicht so frech wie SVP). Mutige Organisation, kompetent in Armeefragen, gute Kontakte zu anderen bürgerlichen Parteien, weites Tätigkeitsfeld, über 50jährige Tradition, gute «Betreuung» der Mitglieder, kein SVP-Ableger, lange Tradition, breites Spektrum.

Wieso ist/wird man Mitglied bei PRO LIBERTATE?

Ständig etwas bieten und unternehmen, saubere Linie durchziehen, aktuelle Themen an die richtige Person bringen. Kameradschaft unter Gleichgesinnten, Ja zur Schweiz,



Sorge tragen zur Schweiz. Armeebefürwortende Haltung, PRO LIBERTATE engagiert sich in verschiedenen Gebieten pro Armee und Freiheit.



Wenn Organisation wahrgenommen wird (Schriften, Anlässe, Besuche etc.), klare Haltung, klares Profil. So haben wir uns am 24.2.2008 klar



Am 24. 2. 2008
NEIN
zur Abschaffung
der Luftwaffe!



für eine glaubwürdige Luftwaffe ausgesprochen, für Ausfuhrbewilligungen von Pilatus-Transportflugzeugen



und gegen die Entwaffnung der Schweizer Bürger.



Ein Höhepunkt war sicherlich die Herbstexkursion mit rund 60 Teilnehmenden zur RUAG nach Thun und die anschliessende Fahrt mit der MS Spiez auf ihrer zweitletzten Fahrt auf dem Thunersee.



PRO LIBERTATE-Mitteilungen

Die PL-Mitteilungen haben sich bewährt und zahlreiche Vertreter aus Armee, Klein- und Mittelbetrieben und Parlamentarier haben die Leserschaft über die Flat Tax, Personalfreizügigkeit und die jeweils aktuellen Abstimmungsvorlagen umfassend informiert. Zur geplanten Früheinschulung unter dem Namen «HarmoS»,



PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte

Schiffstrasse PRO LIBERTATE Nr. 21 | 1. November 2008

haben wir eine eigene Broschüre herausgegeben. Neu drucken wir auch Leserbriefe ab. Die Mehrfarbigkeit ist ansprechend und schön. Interviews sind interessant zum Lesen. Ein grosser Dank gebührt unseren regelmässigen Kolumnisten Stadtrat Patrick Freudiger, dem Berichterstat-ter aus der Rekrutenschule Lukas Lanzrein sowie unserem Sonderkor-



respondenten Dr. Friedrich Wilhelm Schlomann aus Königswinter/Bonn und unserem Ehrenmitglied Max Schio.

PRO LIBERTATE-Finzen

Die Einnahmen sind rund 7% tiefer ausgefallen als budgetiert, während dessen die Ausgaben höher ausfielen. Neu nehmen wir von Firmen sehr gerne auch Zuwendungen in WIR-Checks entgegen.

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in
WIR tätigen

Herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung.

PRO LIBERTATE-Mitgliederbestand

Der Mitglieder- und Sympathisantenbestand war auch in diesem Jahr leicht rückläufig. Die Altersstruktur unserer Mitglieder lässt für die Zukunft wenig Besserung erwarten. Die Werbung von Neumitgliedern haben wir markant intensiviert, allerdings mit bescheidenem Erfolg. Der Neuzuwachs beträgt immerhin 35 Mitglieder, während wir über 80 Abgänge, meist aus



Altersgründen zu beklagen hatten. Machen Sie Werbung für PRO LIBERTATE in Ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis. Herzlichen Dank im Voraus.

PRO LIBERTATE-Vorstand

Max Gerber und Marcel Bieri sind seit Jahrzehnten dabei, Jürg M. Stauffer, Patrick Freudiger sind die Vertreter der Jungen. Weitere Wunschkandi-



daten wären Persönlichkeiten aus der Armee (Stufe Ausbildung) oder der Industrie. Mit der 4fachen Mutter und FDP-Frau Sylvia Lafranchi-Haas aus Bern ist es uns gelungen, Ihnen eine kompetente Frau mit gesundem Menschenverstand als neues Vorstandsmitglied zu präsentieren. Haben Sie auch Interesse bei uns mitzumachen? Melden Sie sich unkompliziert bei mir unter 079 302 10 09 oder per Post.

Thomas Fuchs, Präsident

Machen Sie Werbung für PRO LIBERTATE in Ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis. Herzlichen Dank im Voraus.

Kein Rüstungsreferendum und keine aufschiebende Wirkung von Volksinitiativen!

Im Blick auf die bevorstehende Flugzeugbeschaffung

DOMINIQUE BRUNNER,
OBERST I GST A.D.

Im Vorfeld der Vorbereitung der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges, der Ersatz für den F-5 E/F «Tiger», wird gelegentlich der Eindruck geweckt, es bestehe die Möglichkeit oder gar die Wahrscheinlichkeit, dass das letzte Wort dem Souverän an der Urne gehören würde. Das war zum Beispiel von Höchstchargierten des VBS zu vernehmen. Pro memoria: Die erste Tranche der «Tiger» wurde vor 32 Jahren vom Parlament bewilligt. Die Initiative zur Verhinderung dieser überfälligen Ablösung der F-5 geht von den unbelehrbaren (möchte gern) Saboteuren der schweizerischen Selbstverteidigungsfähigkeit, der GSOA, also allgemein gesprochen von rot-grünen Extremisten aus.

Die Armeeabschaffer 1989 und nachher

Zur Erläuterung dieses Urteils: Diese «Armeeabschaffer» wurden seit Mitte der achtziger Jahre im Blick auf ihre – vom Souverän dann am 26.11.1989 klar abgelehnte – Armeeabschaffungsinitiative am Werk, also als die Sowjetunion noch durchaus existierte. Die Sowjetunion hatte zum Beispiel mehr als 50 000 Kampfpanzer (Hitler hatte die Sowjetunion 1941 mit 3350 Panzern angegriffen und führte einen Blitzkrieg!). Die Sowjets hatten einer Abrüstung ihres enormen, auf Europa gerichteten Mittelstrecken-Atomarsenals 1987 (INF-Vertrag) nach jahrelanger Aufrüstung zugestimmt und schliesslich, am Vorabend der Auflösung der UdSSR, in einen Rüstungskontrollvertrag mit der NATO im November 1990 eingewilligt. Dieser Vertrag rückte zum ersten Mal seit 1946/47 ein annäherndes Gleichgewicht bei den kon-

ventionellen Waffen zwischen Atlantik und Ural in Sichtweite (2008 hat Russland diesen Vertrag im Zuge seines Wiedererstarkens «suspendiert» und zeigt gelegentlich die alten Neigungen, kleine Nachbarn zu kujonieren). Unsere Armeeabschaffer hatten natürlich die Auflösung des kommunistischen, russischen Imperiums und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der seit Ende des Zweiten Weltkrieges der sowjetischen Machtsphäre einverleibten Osteuropäer so wenig erahnt, wie die überwältigende Mehrheit der Politiker und Kommentatoren im Westen. Sie handelten also verantwortungslos, gleich wie die deutschen Pazifisten und Linken der so genannten Friedensbewegung, die um 1980 gegen den Nachrüstungsbeschluss der westlichen Allianz Sturm liefen, den das vorerwähnte sowjetische Atomarsenal erzwungen hatte. Nicht zuletzt dieses Sich-Aufbäumen der NATO in der Frage der Mittelstreckenraketen trug zum Untergang der waffenstarken Sowjetmacht bei. Henry Kissinger hält in «Diplomacy» fest: «The scale and pace of the American buildup under Reagan reinforced all the doubts already in the minds of the Soviet leadership...about whether they could afford the arms race economically and whether they could sustain it technologically».

Wieso kein Rüstungsreferendum?

Zwingende Argumente sprechen gegen die Spekulationen zu einem Volksentscheid über die Flugzeugbeschaffung. Erstens liegt ein kategorisches Urteil des Souveräns nicht allzu lange zurück: Am 5. April 1987 verwarf diese oberste Instanz die SP-Initiative für die Einführung eines «Rüstungsreferendums» klar. Daher gilt unverändert das, was der grosse Staatsrechtler Fritz Fleiner

1923 wie folgt zusammenfasste: «Daher unterstehen nicht dem Referendum alle die Bundesbeschlüsse, welche sich lediglich als die unmittelbare Vollziehung einer Anordnung der Bundesverfassung oder der Bundesgesetze darstellen, auch wenn sie die Bundesfinanzen in erheblicher Weise in Mitleidenschaft ziehen.» Der Bundesrat bekräftigte dies 1977 im Blick auf die SP-Initiative wie folgt: «Dagegen beinhalten die Rüstungsprogramme keine Rechtssätze... Sie unterstehen somit nicht dem fakultativen Referendum.» Und dies ist nicht alles. Der Versuch, ein allgemeines Finanzreferendum auf Bundesebene durchzusetzen, scheiterte am 30. September 1956 deutlich am Souverän. Fazit: es gibt kein irgendwie geartetes Rüstungsreferendum.

Fragwürdiger Präzedenzfall 1992

Es gibt allerdings einen Präzedenzfall. Die Rede ist von der Aussetzung des Vollzugs des Parlamentsentscheides zugunsten der Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen F/A-18 C/D. Beide Räte hatten im ersten Halbjahr 1992 diesen Kauf – der Ständerat mit 33 zu 8 Stimmen, der Nationalrat mit 103 zu 84 – genehmigt. Angesichts einer aufgeheizten Stimmung hielten Bundesrat und classe politique die Vertagung der Bestellung der Flugzeuge bis zum Entscheid der Volksabstimmung über eine Initiative der famosen Armeeabschaffer, die diese Beschaffung zu verbieten trachtete, für opportun. Die Initiative war, als das gesetzeskonforme parlamentarische Prozedere schon im Gang war, aus dem Boden gestampft worden. Die Unterschriftensammlung wurde unter zustimmendem Getöse der Vulgärpresse und des Fernsehens DRS eilig vorangetrieben. Am 1. Juni 1992 wur-

den die Unterschriften in Bern deponiert. Erst nach dem Entscheid über die Sistierung des effektiven Vollzugs der rechts zustande gekommenen Genehmigung des Flugzeugkaufes fassten die Räte Beschluss über Initiative, was allen Regeln widersprach. Der Schluss drängt sich auf, dass das nicht Schule machen darf.

Natürlich hat der Souverän am 6. Juni 1993, ungerührt ob der grobfahrlässigen wehrfeindlichen Propaganda des linken Lagers, die Flugzeugverhinderungsinitiative glatt verworfen und der F/A-18-Beschaffung eine geschichtlich vielleicht einmalige Legimitation verliehen. Nachdem der Schreibende wahrhaftig mit den Kameraden von der Miliz, der

AWM, den Kampf für die Aufrechterhaltung der schweizerischen Luftverteidigung mitgetragen hat, kann er nur vor der Wiederholung der opportunistischen Anwandlungen von 1992 warnen.

Bettelverbote sind sinnvoll und nötig!



SYLVIA LAFRANCHI-HAAS,
MITGLIED DER FDP UND PRO LIBERTÄTE

Bettlergruppen aus Osteuropa unternehmen organisierte Tagesreisen nach Bern. Der Verdacht der Fremdenpolizei: Sie betreiben Menschenhandel.

Seit langem kursieren Gerüchte über den organisierten Betteltourismus und die Fremdenpolizei bestätigte nun das Phänomen erstmals. Die organisierte Bettelei mag abstoßend sein, strafrechtlich relevant ist sie jedoch nicht.

In der Schweiz besteht für niemanden die Notwendigkeit zu betteln, um zu überleben. Die Sozialhilfe unterstützt Menschen in Not auf der Basis der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz der Sozialdirektoren (SKOS) und sorgt dafür, dass in unserem Land für alle ein menschenwürdiges Dasein möglich ist. Die Sozialhilfe ist eine Möglichkeit, die von Allen in Anspruch genommen werden kann, die Hilfe benötigen. Das Netz ist zum Beispiel im Kanton Bern sehr gut ausgebaut, leicht zugänglich und sozial. Wer dennoch bettelt, diffamiert die Sozialdienste der Kantone.

Dennoch wurde das kantonale Bettelverbot im Kanton Bern 1991 aufgehoben. In der Folge gehören in den Städten Bern, Biel und Thun, aber auch in anderen Regionen des Kantons Bern, Bettler leider schon fast zum Strassenbild. Passanten werden teilweise massiv bedrängt,

am Vorbeigehen gehindert oder sogar angepöbelt. Der Polizei sind aber mangels rechtlicher Grundlage die Hände gebunden.

Oft handelt es sich bei den Bettlern um für kurze Zeit in der Schweiz weilende Ausländer, die versuchen, auf diesem Wege Geld zu verdienen.

Insbesondere die durch Banden organisierte Bettelei ist zu einem wachsenden Ärgernis geworden. Dabei handelt es sich oft um gut organisierte Organisationen. Gemäss Medienberichten rekrutieren diese Banden vor allem in Osteuropa (Rumänien, Bulgarien, Tschechien und Slowakei) und im Balkan Männer, Frauen und Kinder und bringen sie zum Betteln in die Schweiz. Dabei werden, um bei Passanten Mitleid zu erzeugen, oftmals bewusst Invalide und Kleinkinder eingesetzt. Das von ihnen eingenommene Geld müssen

sie dann zum grössten Teil an ihre Schlepper abgeben. Diese nutzen mangelnde Sprachkenntnisse und Hilflosigkeit ihrer Opfer in der Schweiz gezielt aus.

Die Wiedereinführung eines Bettelverbots wäre ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der Ordnung und des guten Rufs des sozialen Netzes in der Schweiz.

Zudem kann damit verhindert werden, dass die menschenverachtenden Machenschaften der ausländischen Bettlerbanden bei uns ihrem zweifelhaften Geschäft nachgehen. Die Erfahrungen in Kantonen wie Zürich haben gezeigt, dass ein entsprechendes Verbot bei konsequenten Kontrollen durchaus Wirkung zeigt. Wichtig ist dabei aber, dass mit dem Verbot auch sichergestellt wird, dass Bettler das Verbot nicht umgehen können, indem sie mit Instrumenten oder als Pseudokünstler



ohne Bewilligung im öffentlichen Raum auftreten.

Es versteht sich von selbst, dass ein derartiges Bettelverbot allerdings nur so gut ist, wie dessen Durchsetzung durch die Polizei. Deshalb müssen mit dem Bettelverbot auch Kontrollen unter Registrierung der Personalien einhergehen, um allfällig notwendige Ausweisungen auch durchführen zu können.

Aus den oben erwähnten Gründen bin ich der Meinung, dass wir Bürgerlichen für ein starkes und effizientes Bettelverbot kämpfen müssen. Es ist auch zu prüfen, ob, wenn das Anliegen auf dem parlamentarischen Weg keine Chance hat, städtische Volksinitiativen lanciert werden sollten.

Es lebe die Vergesslichkeit,

*kaum jemand ist davon gefeit.
Damit er was zu knacken habe,
kriegt sie der Mensch als Morgengabe.*

*Was gestern schief lief – heute ist's vergessen:
Man ist auf neuste Nachrichten versessen,
und selbst die allerdüstersten Berichte,
die sind am nächsten Tag bereits Geschichte.*

*Wo Macht und Neid regieren bis zur Stunde,
da gehen Recht und Anstand vor die Hunde.
So hat der Mensch seit Tausenden von Jahren
bislang wohl keine Änderung erfahren.*

MIXACHOS

LIVE-BERICHT

aus der Rekrutenschule



LUKAS LANZREIN,
GWATT (BE)

Weitermachen angesagt!

Schon bereits nach wenigen Wochen Militär wurde durch den Schulkommandanten unserer Rekrutenschule entschieden, wer eine Offiziers- oder eine Unteroffizierskarriere einschlagen wird. Ich persönlich habe immer den Wunsch geäußert, eine «normale» Soldatenlaufbahn einschlagen zu können. Diese Meinung teilten meine militärischen Vorgesetzten aber nicht, und so wurde ich zum Anwärter bestimmt. Das bedeutet, dass man nach 7 Wochen allgemeiner Grundausbildung (AGA) die normale Rekrutenschule verlässt, um auf einer Kaderschule auf die zukünftige Kaderfunktion vorbereitet zu werden. So habe ich nach 7 Wochen schweren Herzens meine Schule in Jassbach verlassen müssen. Mir fiel dies besonders schwer, weil bei uns in der Kompanie, aber vor allem im Zug, ein hervorragendes und äusserst kameradschaftliches Klima herrschte. Nach den Weihnachtsferien habe ich meinen

Dienst in Sion angefangen, wo ich zurzeit den Lehrgang für höhere Unteroffiziere besuche und dort auf

meine zukünftige Funktion als Hauptfeldweibel vorbereitet werde. Wenn alles gut klappt und ich den Lehrgang in Sion bestehen werde, so werde ich bereits anfangs April zum Wachtmeister befördert, um dann in irgend einer Rekrutenschule in der Schweiz mein Praktikum als Einheitsfeldweibel zu absolvieren. Nach diesem Praktikum werde ich dann zum Hauptfeldweibel ernannt, d.h. während meinem Praktikum bin ich als Wachtmeister bereits in der Funktion des Einheitsfeldweibels tätig. Natürlich ist es mein persönlicher Wunsch, dass ich nach diesem Lehrgang zurück an «meinen» Standort nach Jassbach kann, um dort in der Frühlingsrekrutenschule mein Praktikum zu absolvieren. Jassbach ist eine sympathische und



übersichtliche Kaserne und in meiner Rekrutenschule mit guten Kameraden und vernünftigen Vorgesetzten verbunden. In Sion bläst in vieler Hinsicht ein anderer Wind. Die Ansprüche an die zukünftigen

Fouriere und Hauptfeldweibel sind sehr hoch und von uns wird Perfektion in vielen Bereichen verlangt. Fehler machen ist zwar erlaubt, aber es ist ganz klar, dass man diesen Lehrgang nicht einfach nur absol-

vieren kann, man muss ihn auch bestehen. Vor meiner zukünftigen Funktion als Einheitsfeldweibel habe ich grossen Respekt, bin ich doch dann in einer verantwortungsvollen Position, denn ein reibungsloser Dienstbetrieb in der Kaserne setzt einen kompetenten Einheitsfeldweibel voraus. Auch der Tagesablauf in Sion ist mit dem in der Rekrutenschule nicht zu vergleichen. Jetzt steht vor allem Theorie über Material- und Munitionsdienst, militärische Formen und Führungsausbildung auf dem Programm, während dem die ersten 7 Wochen der Rekrutenschule, also die allgemeine Grundausbildung, durch Feldübungen, Märsche und Schiessausbildung geprägt sind. Dieser Wechsel bringt aber auch Vorteile mit sich und ich bin motiviert, in Sion den Lehrgang erfolgreich abzuschliessen.

8 PRO LIBERTATE-Schluss

Foutieren Sie sich auch um Bundesgerichtsurteile? Falls ja, dann wäre hier noch eine kleine Geschichte welche Sie interessieren dürfte. Mit einem im Oktober 2008 gefällten Urteil hat das höchste Schweizer Gericht einen tunesischen Familienvater dazu gezwungen seine beiden minderjährigen Söhne in den Schwimmunterricht zu schicken. Schwimmunterricht? Bundesgerichtsurteil? Spannend! Um was geht es? Der Vater, ein gläubiger Muslim, weigert sich seit Jahren beharrlich seine Kinder in den gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht zu schicken. Begründung: Ihr Glaube verbiete sowohl Knaben als auch Mädchen das gemischtgeschlechtliche Schwimmen. Die im Kanton Schaffhausen wohnhafte Familie ignoriert deshalb die Weisungen und Urteile sämtlicher Instanzen. Der durch den Steuerzahler finanzierte Anwalt der Familie äussert sich dazu wie folgt: «Die Familie

wird gezwungen, sich entweder der Norm der Religion oder jener des Schweizerischen Staates zu widersetzen. Da Ungehorsam gegenüber Gott Folgen im Bezug auf das ewige Leben habe, habe sich die Familie gegen den Staat entschieden», so die weiteren Ausführungen des Anwaltes der Asylbewerber-Familie. Die Familie hat sich demzufolge gegen jenen Staat entschieden, welcher bis dato sämtliche Kosten für Anwalt und Verfahren getragen hat. Anwaltskosten durch den Staat finanziert? Richtig, dies da die Familie Sozialhilfe bezieht. Gegen den Strom zu schwimmen scheint sich in diesem Fall auszuzahlen.

...und zum Schluss noch dies: Sämtliche Bussen, welche in dieser Sache ausgesprochen wurden, hat der gläubige Familienvater ebenfalls noch nicht bezahlt.

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, Max Gerber

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 5-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 5.2.2009

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

1.09

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in **WIR** tätigen

Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen.

Herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung.

**Schon
vorbeigesurft?**

www.prolibertate.ch